



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

29/2014 18.07.2014

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu:



Simone Hauser

Kommentar Schulunterrichtsgesetz

Das Schulunterrichtsgesetz dient der Verrechtlichung des inneren Schulbereichs, wozu die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule zählen. Der Kommentar zum Schulunterrichtsgesetz enthält den Text des SchUG samt amtlichen Erläuterungen, den Leitsätzen der Rechtsprechung und eingehenden Kommentierungen der Autorin.

78,- Euro, 1. Auflage, XIX und 752 Seiten, Harteinband, ISBN 978-3-902883-14-8

Zu beziehen ua über <http://www.pedell.at/>

I. Bundesgesetzblatt

BGBI I 49/2014

Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung des § 27 Abs. 10 und einer bestimmten Wortfolge in § 117b Abs. 1 Z 18 des **Ärztegesetzes 1998** durch den Verfassungsgerichtshof sowie über den Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes, dass eine bestimmte Wortfolge in § 125 Abs. 4 des Ärztegesetzes 1998 verfassungswidrig war

BGBI I 50/2014

Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung bestimmter Wort- und Zeichenfolgen in § 59 Abs. 3, § 117b Abs. 1 Z 18 und in § 125 Abs. 4 des **Ärztegesetzes 1998** durch den Verfassungsgerichtshof sowie über den Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes, dass eine bestimmte Wortfolge in § 125 Abs. 4 des Ärztegesetzes 1998 verfassungswidrig war

BGBI II 176/2014

Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die Verordnung über die Regelung des Luftverkehrs 2010 (**Luftverkehrsregeln 2010** – LVR 2010) geändert wird

[BGBl II 177/2014](#)

Verordnung der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, mit der ein bundesweit einheitlicher Richtsatz zur einmaligen Abgeltung der Nutzung von durch Recht gesicherten Leitungen oder Anlagen auch für die Errichtung, den Betrieb, die Erweiterung oder die Erneuerung von Kommunikationslinien durch deren Inhaber festgelegt wird (**Telekom-Richtsatzverordnung 2014** – TRV 2014)

[BGBl II 178/2014](#)

Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die **Austro Control-Gebührenverordnung** geändert wird (ACGV-Novelle 2013)

[BGBl II 181/2014](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die **Düngemittelverordnung 2004** geändert wird

II. Amtsblatt der EU

[ABl L 204 v 11.07.2014, 1](#)

Endgültiger Erlass des **Berichtigungshaushaltsplans Nr 1** der Europäischen Union für das **Haushaltsjahr 2014**

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

Keine Erkenntnisse im Berichtszeitraum.

B. Verwaltungsgerichtshof

24.04.2014, [Ra 2014/01/0010](#), [Ro 2014/01/0014](#)

B-VG; VwGG; das Revisionsmodell soll sich nach dem Willen des Verfassungsgesetzgebers an der Revision nach den §§ 500 ff ZivilprozessO orientieren (vgl RV 1618 BlgNR 24. GP, 16); ausgehend davon ist der VwGH als Rechtsinstanz tätig, zur Überprüfung der Beweiswürdigung ist er im Allgemeinen nicht berufen; auch kann einer Rechtsfrage nur dann grundsätzliche Bedeutung zukommen, wenn sie über den konkreten Einzelfall hinaus Bedeutung besitzt

24.04.2014, [Ro 2014/01/0013](#)

VwGG; es ist Sache des Ablehnenden, Gründe geltend zu machen, die auf die Möglichkeit des Vorhandenseins von unsachlichen psychologischen Motiven hindeuten; nach stRsp vermag der Umstand, dass eine Partei eine Entscheidung in **materiellrechtlicher oder verfahrensrechtlicher Hinsicht für unzutreffend erachtet**, sofern nicht damit im Zusammenhang konkrete Umstände glaubhaft gemacht werden, die auf den Mangel einer objektiven Einstellung der an dem Erkenntnis oder dem Beschluss mitwirkenden Richter hindeuten, **keine hinreichende Grundlage für die Annahme einer Befangenheit** zu bieten

17.06.2014, [Ro 2014/04/0046](#)

WirtschaftskammerG; grundsätzlich liegt es im rechtspolitischen **Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers**, an welche Kriterien er bei der **Bemessung der Kammerumlage** anknüpft; es wird auf die Entscheidungsgründe des Erkenntnisses

vom 25. März 2014, ZI 2013/04/0091, mwN verwiesen; mit dem zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der **Sägeindustrie** erstatteten Vorbringen zur Zulässigkeit einer mehrfachen Kombination der Bemessungsgrundlage mit den Parametern „Umsatzsumme“ und „Rohstoffeinsatz“ und mit Verweis auf den im Erkenntnis des VfGH vom 7. März 1995, VfSlg 14.072/1995, angesprochenen verfassungsrechtlichen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers werden bei der Festlegung der Kriterien für Beiträge zur Finanzierung einer Selbstverwaltungsorganisation keine Aspekte aufgezeigt, die zu einer anderen Beurteilung führen würden

24.06.2014, [2011/05/0182](#)

BauO für Wien; in einem Bauauftragsverfahren gem **§ 129 Abs 10 BauO für Wien** ist die Frage der Bewilligungsfähigkeit des Bauwerks nicht zu prüfen; selbst ein bereits eingebrachtes und noch nicht erledigtes Bauansuchen würde die Erlassung des baupolizeilichen Auftrags nicht hindern; die an die Baubehörde in § 129 Abs 10 BauO für Wien gerichtete Anordnung, dass „gegebenenfalls Aufträge erteilt werden können“, bedeutet, dass die Behörde von Amts wegen **bei jeder Abweichung bzw Vorschriftswidrigkeit iSd Gesetzesbestimmung einen Auftrag zu erteilen hat**, sofern nicht der Verpflichtete selbst die Abweichung von den Bauvorschriften behebt oder den vorschriftswidrigen Bau beseitigt

26.06.2014, [Ro 2014/03/0017](#)

LuftfahrtG; VO 3922/91; VO 1178/2011; betreffend eines **Widerrufs der Berechtigung zum Flugprüfer** war der Bescheid aufgrund wesentlicher Begründungsmängel aufzuheben; die belangte Behörde umschreibt zwar die Pflichten des Luftfahrtunternehmens zur wiederkehrenden Schulung und Überprüfung von Flugbesatzungsmitgliedern sowie zur Bereitstellung des Betriebshandbuches und des Flugdurchführungsplans, stellt aber keinen **Bezug der genannten Normen mit den Pflichten und Verantwortlichkeiten des Revisionswerbers** her; auch auf die Frage, warum die behördlich angenommenen Fehlleistungen des Revisionswerbers eine „**inakzeptable Leistung**“ iSd genannten Norm gewesen sei, der nur mit Widerruf seiner Berechtigungen begegnet werden könne, wurde nicht beantwortet

C. Verwaltungsgerichte

LVwG Bgld 14.07.2014, [E B01/02/2014.005/002](#)

AbfallwirtschaftsG; Ziel des § 73 AbfallwirtschaftsG ist insb die Übereinstimmung mit den allgemeinen Behandlungspflichten für Abfallbesitzer des § 15 AbfallwirtschaftsG und der Schutz der in § 1 Abs 3 genannten öffentlichen Interessen; die Behörde hat daher innerhalb der vorstellbaren Bandbreite an Maßnahmen jene vorzuschreiben, die die Wiederherstellung dieser Ordnung aus abfallpolizeilicher Sicht gewährleisten; in Frage kommen daher im Wesentlichen Entfernung- und Entsorgungsaufträge als geeignete Maßnahmen, sofern sie verhältnismäßig sind

LVwG Tir 04.03.2014, [LVwG-2014/22/0804-1](#)

Tir BauO; Tir Stadt- und OrtsbildschutzG; der **Abbruch eines Vordachs in einer Schutzzone** nach § 8 Tir Stadt- und OrtsbildschutzG ist dann, wenn es sich beim betreffenden Objekt um kein charakteristisches Gebäude iSd § 8 Abs 3 Tir Stadt- und OrtsbildschutzG handelt, allein nach den Bestimmungen der Tir BauO anzeigepflichtig; Zulässigkeit des Abbruchs bemisst sich nach § 42 Abs 3 Tir BauO; keinesfalls ist der Abbruch eines Vordachs eine „sonstige Änderung von Gebäuden“ nach § 14 Abs 1 lit b Tir Stadt- und OrtsbildschutzG; aufgrund einer Abbruchanzeige nach § 43 Abs 1 Tir BauO darf keine „Abweisung“ des „Ansuchens“ als Behörde nach § 38 Tir Stadt- und OrtsbildschutzG erfolgen; die Behörde darf eine Abbruchanzeige nach der Tir BauO nicht selbst in ein Ansuchen nach dem Tir Stadt- und OrtsbildschutzG uminterpretieren

LVwG Tir 24.04.2014, [LVwG-2014/43/0783-1](#)

Tir RaumordnungsG; nach stRsp der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts haben örtliche Raumordnungskonzepte, Flächenwidmungspläne sowie Bebauungsplänen Verordnungscharakter; ggst ergibt sich ein **Anhörungsrecht der Gemeindeglieder und Eigentümer** von in der Gemeinde gelegenen Grundstücken aus § 70 Abs 1 erster Satz iVm § 64 Abs 1 sowie § 66 Abs 1 Tir RaumordnungsG; das Tir RaumordnungsG verleiht den derart berechtigten Personen **jedoch keinen Anspruch auf bescheidmäßige Erledigung** ihrer Eingabe, weshalb ihnen keine Parteistellung zukommt

LVwG Tir 05.05.2014, [LVwG-2014/38/0966-1](#)

Tir BauO; für die ggst vorgenommenen Änderungen wäre eine Baubewilligung erforderlich gewesen; daher war iSd § 37 Tir BauO bei ungenützem Verstreichen der dem Bf gesetzten Frist für die Einbringung des Gesuchs um nachträgliche Baubewilligung mit der Erlassung eines **Auftrags auf Herstellung des gesetzlichen Zustands** vorzugehen; dass dieser Bescheid infolge des noch anhängigen Verfahrens über den Antrag auf nachträgliche Bewilligung derzeit einer **Vollstreckung noch nicht zugänglich** ist, macht ihn nicht inhaltsleer, weil er im Falle der rechtskräftigen Abweisung des Baubewilligungsgesuchs sofort vollstreckbar wird

LVwG Tir 09.05.2014, [LVwG-2014/26/0162-5](#)

Tir BauO; **Tir RaumordnungsG**; für den ggst Bauplatz besteht die Sonderflächenwidmung „SLG-2 Pferdestall“; diese **Sonderflächenwidmung gem § 47 Tir RaumordnungsG** (Sonderflächen für sonstige land- und forstwirtschaftliche Gebäude) ist allerdings **nicht** eine solche Flächenwidmung, die iSd § 26 Abs 3 lit a Tir BauO **mit einem Immissionschutz verbunden** ist

LVwG Tir 12.05.2014, [LVwG-2014/34/0385-8](#)

WasserrechtsG; ggst werden die Niederschlagswässer seit den Asphaltierungsarbeiten durch von Menschenhand errichtete Vorkehrungen entsorgt; die Veränderung dieser nicht schon in der Natur vorhanden gewesenen, sondern künstlich geschaffenen Anlage zur Entsorgung der Niederschlagswässer durch Erneuerung der Asphaltierung bzw Vergrößerung der asphaltierten Flächen stellt daher **keine nach § 39 Abs 1 WasserrechtsG verbotene Maßnahme** dar

LVwG Vbg 07.07.2014, [LVwG-402-001/E8-2011](#)

ApothekerG; bei der Ermittlung der Einpendler als Kundenpotenzial der bestehenden öffentlichen Apotheke sind aufgrund der Formulierung des § 10 Abs 5 ApothekerG nur die tatsächlich beschäftigten Personen im Versorgungsgebiet zu berücksichtigen; eine **Zurechnung der Einpendler** in der Gemeinde **aliquot dem Anteil der ständigen Einwohner** im Versorgungsgebiet ist **nicht gerechtfertigt**

LVwG Wien 27.03.2014, [VGW-102/013/6080/2014](#)

B-VG; soweit durch **Zwangsmaßnahmen nur eine staatsanwaltschaftliche Anordnung durchgeführt** wird, ist eine Beschwerde gem Art 130 Abs 1 Z 2 B-VG unzulässig, da diese nur einen subsidiären Rechtsbehelf darstellt und gegen eine staatsanwaltschaftliche Anordnung ein Einspruch nach § 106 StrafprozessO zur Verfügung steht; zudem handelt es sich – jedenfalls dann, wenn die staatsanwaltschaftliche Anordnung richterlich bewilligt war, aufgrund des Art 90a B-VG unter Umständen auch schon ohne diese Bewilligung – um einen Akt der ordentlichen Gerichtsbarkeit und nicht um einen Verwaltungsakt, weshalb Art 130 Abs 1 Z 2 B-VG auch deshalb nicht zur Anwendung gelangen kann; als **Verwaltungsakt** kann **nur die klare Überschreitung** der zu Grunde liegenden Anordnung gewertet werden; diese wäre ggf als sogenannter „Exzess“ von den VwG zu beurteilen

LVwG Wien 10.04.2014, [VGW-011/041/21959/2014](#)

BauO für Wien; es ist die Aufgabe des Prüflingenieurs die **Überwachung iSd § 125 Abs 2 BauO für Wien** vorzunehmen; er hat sich dabei nicht auf allfällige Aussagen des Bauführers oder Bauherrn zu verlassen und auch außerhalb seiner Befundungen (unangemeldete) Kontrollen vorzunehmen, weil andernfalls die Effizienz der Tätigkeit nicht gegeben ist; gerade wenn es keine ordentliche Antworten über den Baufortschritt gibt, ist eine Kontrolle aus eigenem umso angebrachter; bei mehr als dreieinhalb Monaten Kontrollpause bei einem bereits begonnenen Dachgeschossausbau liegt jedenfalls kein entsprechend dichtes Netz an Kontrollen vor

LVwG Wien 23.05.2014, [VGW-111/075/23961/2014](#)

VwGbk-ÜG; der Berufungsbescheid ist aufgrund des § 2 Abs 1 VwGbk-ÜG nicht gültig vor Ablauf des 31.12.2013 veranlasst worden; der Bescheid der Bauoberbehörde ist daher gem § 2 Abs 1 VwGbk-ÜG nie ordnungsgemäß den Parteien zugestellt und sohin erlassen worden, da die **Veranlassung der Zustellung nicht rechtzeitig vor dem 31.12.2013** erfolgte; die in weiterer Folge verfasste Entscheidung in Form eines Bescheids der Magistratsabteilung ist sohin von der unzuständigen Behörde erlassen worden, da noch nicht rechtskräftig über die noch behängende Berufung der Bf entschieden wurde

LVwG Wien 06.06.2014, [VGW-111/077/24663/2014](#)

ZustellG; die im § 7 ZustellG vorgesehene Heilung eines Zustellmangels, umfasst nicht den Fall einer mangelhaften Zustellverfügung; wird in der Zustellverfügung eine andere Person genannt als die, für die der Bescheid inhaltlich bestimmt ist, so heilt ein solcher Mangel grundsätzlich nicht; etwas anderes gilt ausnahmsweise dann, wenn ein Zustellbevollmächtigter bestellt ist, das Schriftstück jedoch zunächst dem Vertretenen anstatt dem Zustellbevollmächtigten zukommt; gem § 9 Abs 3 ZustellG gilt in einem solchen Fall die Zustellung als in dem Zeitpunkt bewirkt, in dem das Dokument dem Zustellungsbevollmächtigten tatsächlich zukommt; ein solcher Fall einer **Heilung einer mangelhaften Zustellverfügung betrifft jedoch ausschließlich den Fall, dass das Schriftstück zunächst dem Vertretenen anstatt des Vertreters zukommt**, nicht aber den „umgekehrten“ Fall, dass das Schriftstück zunächst dem nicht ausreichend bevollmächtigten Vertreter zukommt

LVwG Wien 25.06.2014, [VGW-122/008/6830/2014](#)

GewO; das für die Beurteilung nach § 75 Abs 2 GewO maßgebende **räumliche Naheverhältnis** wird durch den möglichen Immissionsbereich bestimmt; steht aufgrund des Ergebnisses des Ermittlungsverfahrens fest, dass der regelmäßige Aufenthaltsort einer Person außerhalb des Emissionsbereichs einer Betriebsanlage liegt, fehlt dieser Person die Nachbareigenschaft; „**unmittelbar benachbarte Häuser**“ sind all jene Häuser, die rund um die zur Verhandlung stehende Betriebsanlage dieser zunächst liegen, und zwar auch dann, wenn dazwischen eine Straße liegt; unmittelbare Nachbarschaft erfordert im Gegensatz zur Anrainerschaft keine gemeinsame Grundgrenze, wohl aber dürfen die Grundstücke lediglich durch eine Straße oder in einer dieser vergleichbaren Weise getrennt sein; bei **Beurteilung der räumlichen Einheit einer gewerblichen Betriebsanlage** kommt es nicht darauf an, dass alle einer Betriebsanlage zurechenbaren Betriebsliegenschaften unmittelbar aneinander grenzen; vielmehr steht eine geringfügige räumliche Trennung der Annahme der Einheit einer Betriebsanlage nicht entgegen, solange die tatsächlichen Betriebsabläufe auf der Betriebsliegenschaft eine Einheit bilden

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[17.07.2014, verb Rs C-141/12 und C-372/12, Y.S.](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung **personenbezogener Daten** – Richtlinie 95/46/EG – Art 2, 12 und 13 – Begriff der **„personenbezogenen Daten“** – Umfang des Auskunftsrechts der betroffenen Person – Daten und **rechtliche Analyse** in einer die Entscheidung vorbereitenden Entwurfsschrift der Verwaltung – **Charta der Grundrechte der Europäischen Union** – Art 8 und 41

[17.07.2014, Rs C-335/12, Kommission / Portugal](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Eigenmittel – **Nacherhebung** von Eingangsabgaben – Finanzielle Verantwortung der Mitgliedstaaten – Nicht ausgeführte **überschüssige** Zuckerbestände

[17.07.2014, Rs C-472/12, Panasonic Italia](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Verordnung (EWG) Nr 2658/87 – **Gemeinsamer Zolltarif** – Tarifierung – Kombinierte Nomenklatur – Positionen 8471 und 8528 – **Plasmabildschirme** – Funktion eines Computerbildschirms – Potenzielle Funktion als **Fernsehbildschirm** nach Einschub einer Videokarte

[17.07.2014, Rs C-553/12 P, Kommission / DE](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – ex-Art 82 EG und 86 Abs 1 EG – Aufrechterhaltung von Vorzugsrechten für die **Prospektion** und den Abbau von **Braunkohlelagerstätten** zugunsten eines öffentlichen Unternehmens durch die Hellenische Republik – Ausübung dieser Rechte – Wettbewerbsvorteil auf dem Markt für die **Lieferung von Braunkohle** und dem Strommarkt für Großkunden – **Aufrechterhaltung**, Erweiterung oder Stärkung einer beherrschenden Stellung

[17.07.2014, Rs C-48/13, Nordea Bank](#)

Steuerrecht – Niederlassungsfreiheit – **Nationale Ertragsteuer** – Konzernbesteuerung – Besteuerung der Tätigkeit ausländischer Betriebsstätten inländischer Gesellschaften – Vermeidung der **Doppelbesteuerung** durch Steueranrechnung (Anrechnungsmethode) – **Nachbesteuerung** zuvor abgezogener Verluste bei Veräußerung der Betriebsstätte an eine verbundene Gesellschaft, für die der betreffende Mitgliedstaat seine **Besteuerungsbefugnis** nicht ausübt

[17.07.2014, verb Rs C-58/13 und C-59/13, Torresi](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Freizügigkeit – Zugang zum **Rechtsanwaltsberuf** – Möglichkeit, den Angehörigen eines Mitgliedstaats, die die **Qualifikation** für den Rechtsanwaltsberuf in einem anderen Mitgliedstaat erworben haben, die **Eintragung in das Verzeichnis der Rechtsanwaltskammer** zu verweigern – Rechtsmissbrauch

[17.07.2014, Rs C-141/13 P, Reber / HABM](#)

Rechtsmittel – Gemeinschaftsmarke – **Bildmarke Walzer Traum** – Widerspruch des Inhabers der **nationalen Wortmarke** Walzertraum – Begriff der ernsthaften Benutzung der Marke – **Nichtberücksichtigung** früherer Entscheidungen – Grundsatz der Gleichbehandlung

[17.07.2014, Rs C-272/13, Equoland](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Mehrwertsteuer – **Sechste Richtlinie 77/388/EWG** – Richtlinie 2006/112/EG – Befreiung der Einfuhr von **Gegenständen**, die einer anderen Lagerregelung als der Zolllagerregelung unterliegen sollen – Pflicht, die Waren **physisch** in das Lager zu verbringen – **Nichtbeachtung** – Pflicht zur Zahlung der **Mehrwertsteuer**, obwohl diese bereits im **Reverse-Charge-Verfahren** entrichtet wurde

[17.07.2014, Rs C-338/13, Noorzia](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Recht auf Familienzusammenführung – **Richtlinie 2003/86/EG** – Art 4 Abs 5 – Nationale Regelung, wonach der **Zusammenführende** und der Ehegatte bereits zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrags auf Familienzusammenführung das **21. Lebensjahr vollendet** haben müssen – Unionsrechtskonforme Auslegung

[17.07.2014, Rs C-438/13, BCR Leasing](#)

Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 16 und 18 – **Finanzierungsleasing** – Gegenstände, auf die sich ein Finanzierungsleasingvertrag bezieht – **Nichtwiedererlangung** dieser Gegenstände durch die **Leasinggesellschaft** nach **Kündigung** des Vertrags – Gegenstände, die im Bestand fehlen

[17.07.2014, Rs C-469/13, Tahir](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Richtlinie 2003/109/EG** – Art 2, 4 Abs 1, 7 Abs 1 und 13 – ‚**Langfristige Aufenthaltsberechtigung – EU**‘ – Voraussetzungen für die Gewährung – Rechtmaßiger und **ununterbrochener Aufenthalt** im Empfangsmitgliedstaat während der letzten **fünf Jahre** vor Stellung des Antrags – Person, die in einer **familiären Beziehung** zu dem langfristig Aufenthaltsberechtigten steht – **Günstigere nationale Bestimmungen** – Wirkungen

[17.07.2014, verb Rs C-473/13 und C-514/13, Bero](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Richtlinie 2008/115/EG – **Gemeinsame Normen** und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung **illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger** – Art 16 Abs 1 – **Inhaftnahme** für die Zwecke der **Abschiebung** – Inhaftierung in einer gewöhnlichen Haftanstalt – Unmöglichkeit, die Drittstaatsangehörigen in einer speziellen **Hafteinrichtung** unterzubringen – **Nichtvorhandensein** einer solchen Einrichtung in dem Bundesland, in dem der Drittstaatsangehörige inhaftiert ist

[17.07.2014, Rs C-474/13, Pham](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Richtlinie 2008/115/EG – Gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung **illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger** – Art 16 Abs 1 – **Inhaftnahme** für die Zwecke der **Abschiebung** – Inhaftierung in einer gewöhnlichen Haftanstalt – Möglichkeit, einen Drittstaatsangehörigen mit seiner Zustimmung gemeinsam mit **gewöhnlichen Strafgefangenen** unterzubringen

[17.07.2014, Rs C-480/13, *Systemx Europe*](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Tarifierung – **Gemeinsamer Zolltarif** – Kombinierte Nomenklatur – Positionen 3204, 3212 und 3822 – Stoff, der durch **chemische Reaktion** und Bestrahlung mit einem **Laserlicht** eine zur Untersuchung der **weißen Blutkörperchen** bestimmte fluoreszierende Wirkung auslöst

[17.07.2014, Rs C-481/13, *Qurbani*](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Genfer Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge – Art 31 – Drittstaatsangehöriger, der in einen **Mitgliedstaat** über einen anderen Mitgliedstaat **eingereist** ist – Inanspruchnahme von Schleuserdiensten – **Unerlaubte Einreise** und unerlaubter Aufenthalt – Vorlage eines **gefälschten Passes** – Strafrechtliche **Sanktionen** – Unzuständigkeit des Gerichtshofs

B. Schlussanträge

[17.07.2014, verb Rs C-22/13, C-61/13 bis C-63/13 und C-418/13, *Mascolo \(GA Szpunar\)*](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge – Aufeinanderfolgende **befristete Arbeitsverträge** – Öffentlicher Schulsektor – Paragraph 5 Nr 1 – Maßnahmen zur **Vermeidung** von Missbrauch durch befristete Arbeitsverträge – Begriff ‚**sachliche Gründe**‘, die derartige Verträge rechtfertigen – Sanktionen – **Kein Schadensersatz** – Verbot der Umqualifizierung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis

[17.07.2014, Rs C-81/13, *Vereinigtes Königreich / Rat \(GA Kokott\)*](#)

Außenbeziehungen – Assoziierungsabkommen EWG-Türkei – **Koordinierung** der Systeme der sozialen Sicherheit – Geplanter Beschluss des **Assoziationsrats EWG-Türkei** in Anlehnung an das System der Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Beschluss 2012/776/EU des Rates über den im **Assoziationsrat** zu vertretenden Standpunkt der Union – Wahl der richtigen materiellen Rechtsgrundlage – Art 48 AEUV, Art 79 Abs 2 Buchst b AEUV, Art 216 Abs 1 AEUV oder Art 217 AEUV

[17.07.2014, verb Rs C-93/13 P und C-123/13 P, *Kommission / Versalis und Eni \(GA Cruz Villalón\)*](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Kartelle – Markt für **Chloropren-Kautschuk** – Entscheidung, mit der eine **Zuwiderhandlung** gegen Art 101 AEUV festgestellt wird – **Preisfestsetzung und Marktaufteilung** – Möglichkeit, die Zuwiderhandlung einer **Tochtergesellschaft** ihrer Muttergesellschaft zuzurechnen – Geldbußen – Erschwerende **Umstände** – Wiederholungsfall

[17.07.2014, verb Rs C-148/13, C-149/13 und C-150/13, *A \(GA Sharpston\)*](#)

Gemeinsames Europäisches Asylsystem – Richtlinie 2004/83/EG – **Flüchtlingseigenschaft** – Richtlinie 2005/85/EG – Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz – Prüfung der Ereignisse und Umstände – **Glaubhaftigkeit** der von einem Antragsteller behaupteten sexuellen Ausrichtung

[17.07.2014, Rs C-261/13 P, *Schönberger / Parlament \(GA Jääskinen\)*](#)

Rechtsmittel – Recht, eine Petition an das Europäische Parlament zu richten – Art 20 AEUV und 227 AEUV – Art 44 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Keine Zuständigkeit** des Petitionsausschusses für die Entscheidung über die **aufgeworfenen Fragen** – Entscheidung über die Ablage einer Petition – **Nichtigkeitsklage** – Handlungen, die verbindliche Rechtswirkungen erzeugen, die die **Rechtsstellung** eines Einzelnen berühren können – Art 263 AEUV

[17.07.2014, Rs C-354/13, *Kaltoft \(GA Jääskinen\)*](#)

Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Diskriminierung wegen einer Behinderung – Frage, ob zu den Unionsgrundrechten ein allgemeines Verbot der Diskriminierung auf dem **Arbeitsmarkt** gehört, das sich auf eine Diskriminierung wegen **Adipositas** erstreckt – Anwendungsbereich der Charta der Grundrechte der Union – Frage, ob Adipositas als „Behinderung“ im Sinne von Art 1 der **Richtlinie 2000/78** angesehen werden kann

[17.07.2014, Rs C-422/13, Wree \(GA Jääskinen\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Gemeinsame Agrarpolitik – Betriebsprämienregelung – Verordnung (EG) Nr 73/2009 – Art 34 – Begriff ‚Dauergrünland‘ – **Renaturierte Abdeckschicht** einer in der Nachsorge befindlichen Abfalldeponie – Begriff ‚**hauptsächlich landwirtschaftliche Nutzung**‘ im Fall der **gemischten Nutzung** einer landwirtschaftlichen Fläche

C. Gericht

[11.07.2014, Rs T-425/12, Sport Eybl & Sports Experts / OHMI - Elite Licensing \(e\)](#)

Gemeinschaftsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung der **Gemeinschaftsbildmarke e** – Ältere Gemeinschaftsbildmarke e – Relatives **Eintragungshindernis** – Verwechslungsgefahr – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009

[17.07.2014, Rs T-457/09, Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband / Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – Umstrukturierung der WestLB – Beihilfen zur Behebung einer beträchtlichen **Störung im Wirtschaftsleben** eines Mitgliedstaats – ex-Art 87 Abs 3 Buchst b EG – Entscheidung, mit der die Beihilfe unter bestimmten Bedingungen für mit dem **Gemeinsamen Markt** vereinbar erklärt wird – **Nichtigkeitsklage** – Individuelle Betroffenheit – **Rechtsschutzinteresse** – Zulässigkeit – Kollegialprinzip – Begründungspflicht – Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in **Schwierigkeiten** – Verhältnismäßigkeit – **Diskriminierungsverbot** – ex-Art 295 EG – Art 7 Abs 4 der Verordnung (EG) Nr 659/1999

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

16.07.2014, Beschwerde Nr. [60642/08](#), *Ališić ua / Bosnien Herzegowina, Kroatien, Serbien, Slowenien und Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*

Verletzung von **Art 1 1. ZP EMRK** (Eigentumsfreiheit) und **Art 13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde); **Einfrieren von Spareinlagen** in Fremdwährungen zweier Banken nach dem **Zerfall** der Sozialistischen föderalistischen Republik Jugoslawien und auch in weiterer Folge **Weigerung der Auszahlung konventionswidrig**; **Verpflichtung** Serbiens und Sloweniens die Behebung der Ersparnisse innerhalb eines Jahres zu den für ihre jeweiligen Staatsbürger üblichen Konditionen zu ermöglichen

16.07.2014, Beschwerde Nr. [37359/09](#), *Hämäläinen / Finnland*

Keine Verletzung von **Art 8** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) und **Art 14** (Diskriminierungsverbot) iVm **Art 8** bzw. **Art 12 EMRK** (Recht auf Eheschließung und Familiengründung); Verpflichtung, nach einer **geschlechtsumwandelnden Operation**, die bereits bestehende **Ehe in eine eingetragene Partnerschaft umzuändern**, um die volle **rechtliche Anerkennung** des neuen Geschlechts zu erlangen, **nicht konventionswidrig**; nicht unverhältnismäßig, da gleichgeschlechtlichen Paaren in einer eingetragenen Partnerschaft **nahezu dieselben Rechte** zukommen wie Ehepaaren; minimale Unterschiede der Rechtsinstitute stellen keine Verletzung der aus Art 8 EMRK resultierenden positiven staatlichen Verpflichtungen dar

17.07.2014, Beschwerde Nr. [47848/08](#), *Centre for Legal Resources on Behalf of Valentin Câmpeanu / Rumänien*

Verletzung von **Art 2** (Recht auf Leben) und **Art 13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde); **unzureichende medizinische Unterbringung** und Versorgung eines Angehörigen der **Roma** bereits seit Kindesalter, der an HIV und einer **geistigen Behinderung** litt; keine hinreichende Untersuchung der Todesursache; Zulässigkeit der **Beschwerdeerhebung** durch eine **NGO als Vertretung** in diesem speziellen Einzelfall

17.07.2014, Beschwerde Nr. [32541/08](#) ua, *Svinarenko und Slyadnev / Russland*

Verletzung von **Art 3** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung) und **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); die Praxis, **Untersuchungshäftlinge** während Gerichtsverhandlungen in

kleine **Metallkäfige einzusperren**, stellt eine der Menschenwürde widersprechende **erniedrigende Behandlung** dar, für die es keine Rechtfertigung gibt

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Bau-recht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwal-tungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Mat-thäus Schmied

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.